



Kohleausstieg: Hunderten Industriereinigern droht Jobverlust



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU • Foto: IG BAU Alexander Paul Englert • hochgeladen von Theodor Groesdonk

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) kritisiert die Bund-Länder-Einigung zum Kohleausstieg als unzureichend. Zwar sei an die Beschäftigten der Energiewirtschaft gedacht worden. Es fehlt jedoch eine Absicherung für die mittelbar Beschäftigten etwa für die von der IG BAU vertretenen Industriereiniger.

Der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger sagte:

„Etwa 1000 Industriereiniger allein im Rheinischen Braunkohlerevier droht der Verlust ihrer Arbeitsplätze. In den anderen Braunkohlestandorten betrifft dies viele weitere Beschäftigte in der Industriereinigung. Beim Kohlekompromiss werden sie nicht mitgedacht und bleiben einfach auf der Strecke. Das hat nichts mit einem sozialverträglichen Kohleausstieg zu tun. Hier müssen die Beteiligten dringend nacharbeiten. Auch die indirekt von der Kohleverstromung abhängigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen Sicherheit.“

Darüber hinaus kritisiert die IG BAU, dass die verabredeten strukturpolitischen Maßnahmen in der Förderstruktur keine industriellen, gewerblichen Arbeitsplätze vorsehen, sondern nur Forschungseinrichtungen. „Dies geht zielgenau an den Beschäftigten vorbei, die die Ersatzarbeitsplätze brauchen werden.“ Die IG BAU fordert hierzu ebenfalls Verbesserungen.



Duisburg und am Niederrhein: 183600 Gebäude sind älter als 40 Jahre



Dämmwolle senkt nicht nur die Heizkosten, sondern auch den CO₂-Ausstoß von Gebäuden. Die IG BAU appelliert an Hausbesitzer, neue Fördermittel für die energetische Sanierung zu nutzen. • Foto: IG BAU • hochgeladen von Theodor Groesdonk

Ab 2020: Mit neuem Klima-Zuschuss Tausende Altbauten in Duisburg und am Niederrhein sanieren

Klima-Faktor eigene vier Wände: Für Hausbesitzer in Duisburg und am Niederrhein lohnt es sich ab 2020 mehr als bislang, in die energetische Gebäudesanierung zu investieren. Darauf hat die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hingewiesen. Mit Blick auf den von der Bundesregierung neu eingeführten Steuerbonus für klimafreundliche Umbauten rechnet die Gewerkschaft mit Tausenden zusätzlichen Sanierungen. „Das Potential in Duisburg und am Niederrhein ist riesig. Aktuell sind hier 183600 Gebäude älter als 40 Jahre. Viele von ihnen haben eine katastrophale CO₂-Bilanz“, sagt Karina Pfau, Bezirksvorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein. Der Gebäudesektor macht mit 117 Millionen Tonnen CO₂ immerhin 14 Prozent der Treibhausemissionen in Deutschland aus.

„Vom nicht isolierten Dach bis zu zugigen Fenstern – ein unsaniertes Haus belastet die Umwelt und treibt die Heizkosten nach oben“, betont Pfau. Mit dem neuen Steuerbonus könnten Eigenheimbesitzer erstmals einen großen Teil ihrer Ausgaben vom Staat zurückbekommen. Wer in selbst genutztem Wohneigentum die Wände oder das Dach dämmt, Fenster, Türen oder die Heizung erneuert, kann künftig drei Jahre lang 20 Prozent der Investitionen von der Steuer absetzen. Die maximale Förderung liegt bei 40.000 Euro. Das Gebäude muss dafür mindestens zehn Jahre alt sein.



Die IG BAU sieht in dem Modell eine „wichtige Ergänzung“ zu den bisherigen Programmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Die Bank vergibt Zuschüsse und günstige Kredite für energetische Sanierungen. 2018 wurden in Duisburg und am Niederrhein so der umweltfreundliche Umbau von 3891 Wohneinheiten gefördert. „Hier muss deutlich nachgelegt werden“, fordert Karina Pfau.

Ohne eine massive Steigerung der Umweltsanierungen seien die CO₂-Einsparziele im Gebäudebereich nicht zu schaffen. Nach dem Klimaschutzplan der Bundesregierung müssen die Gebäude-Emissionen bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent sinken.

Die IG BAU Duisburg-Niederrhein rät Eigenheimbesitzern, den Antrag auf die neue steuerliche Förderung möglichst rasch zu stellen. „Wichtig ist auch, sich frühzeitig um Handwerker zu kümmern. Dachdecker und Co. haben teils schon jetzt volle Auftragsbücher für 2020.“

Lokalkompass

Gewerkschaft: Viele Häuser mit „katastrophaler CO₂-Bilanz“

KREIS WESEL (RP) Für Hausbesitzer im Kreis Wesel lohnt es sich ab diesem Jahr mehr als bislang, in die energetische Gebäudesanierung zu investieren. Darauf hat die IG Bau- und Agrar-Umwelt (IG Bau) hingewiesen. Mit Blick auf den von der Bundesregierung neu eingeführten Steuerbonus für klimafreundliche Umbauten rechnet die Gewerkschaft mit Tausenden zusätzlichen Sanierungen. „Das Potential im Kreis ist riesig. Aktuell sind hier 69.000 Gebäude älter als 40 Jahre. Viele von ihnen haben eine katastrophale CO₂-Bilanz“, sagt Karina Pfau, Bezirksvorsitzende der IG Bau Duisburg-Niederrhein.

Der Gebäudesektor macht mit 117 Millionen Tonnen CO₂ immerhin 14 Prozent der Treibhausemissionen in Deutschland aus. „Vom nicht isolierten Dach bis zu zugigen Fenstern

– ein unsaniertes Haus belastet die Umwelt und treibt die Heizkosten nach oben“, betont Pfau. Mit dem neuen Steuerbonus könnten Eigenheimbesitzer erstmals einen großen Teil ihrer Ausgaben vom Staat zurückbekommen. Wer in selbst genutztem Wohneigentum die Wände oder das Dach dämmt, Fenster, Türen oder die Heizung erneuert, kann künftig drei Jahre lang 20 Prozent der Investitionen von der Steuer absetzen.

Die maximale Förderung liegt bei 40.000 Euro. Das Gebäude muss dafür mindestens zehn Jahre alt sein. Die Gewerkschaft IG Bau sieht in dem Modell eine „wichtige Ergänzung“ zu den bisherigen Programmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Die Bank vergibt Zuschüsse und günstige Kredite für energetische Sanierungen.